

Offener Brief der Mitarbeiter/innen der Universitätsmedizin Halle (Saale)

an den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Reiner Haseloff,
an die SPD-Landesvorsitzende, Frau Katrin Budde,
an den CDU-Landesvorsitzenden, Herrn Thomas Webel.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Vorfeld der anstehenden Wahlen machen wir – die etwa 4.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitätsmedizin Halle (Saale) und die mehr als 2.000 Studierenden der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität sowie unsere Angehörigen, Freunde und Bekannten – uns Gedanken, welchen Parteien, welchen Abgeordneten wir unsere Stimme geben sollen.

Wir sind verunsichert, weil die Universitätsmedizin Halle (Saale) durch führende Politiker des Landes in einer gewissen Regelmäßigkeit in den vergangenen 20 Jahren immer wieder in Frage gestellt worden ist. Ein Teil von uns verzichtet seit 2006 auf erhebliche Bestandteile unseres Einkommens. Langfristig wird dadurch sogar unsere Rente niedriger ausfallen.

Wir wollen uns Tag für Tag für unsere Patienten einsetzen. Mitglieder der Landesregierung reden jedoch unsere Arbeit schlecht und stellen wiederholt die Existenz des Universitätsklinikums in Frage. Das UKH ist Eigentum des Landes Sachsen-Anhalt und damit der gesamten Bevölkerung.

Laut Paragraph 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt, Absatz 2, Satz 1:
„Das Volk ist der Souverän. Vom Volk geht alle Staatsgewalt aus.“

Wir bitten daher um die Beantwortung folgender Fragen durch die Landesregierung und durch die Parteien, die diese tragen.

1. Welche Pläne hat das Land Sachsen-Anhalt im Bezug auf die Universitätsklinik Halle und Magdeburg?
2. Plant die Landesregierung einen Verkauf eines der Universitätsklinik bzw. das Zusammenlegen beider Klinika oder gar die Schließung eines Standortes?
3. Auf welcher rechtlichen Basis kann ein Minister der Landesregierung die Sanierung der Zahnklinik stoppen, obwohl es einen anderslautenden Beschluss des Landtages bzw. des Finanzausschusses des Landtages gibt?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um die Universitätsmedizin in Halle bei der Realisierung des Entwicklungskonzeptes Universitätsmedizin Halle 2025 zu unterstützen?
5. Warum ist die Rechtsmedizin im Land Sachsen-Anhalt nicht auskömmlich finanziert, obwohl diese für Polizei und Justiz wichtige Dienstleistungen erbringt?

6. Warum werden unsere Fälle in den Hochschulambulanzen nicht ausreichend bzw. gar nicht durch die Krankenkassen finanziert? Allein dadurch entstehen der Unimedizin Halle im Jahr Verluste in Höhe von mindestens 5 Millionen Euro?
7. Die Universitätsklinik in Deutschland schreiben nahezu alle Verluste. Wie hat sich die Landesregierung in den vergangenen Jahren auf Bundesebene dafür eingesetzt, die Finanzierung der Universitätsklinik zu verbessern?
8. Welche Aktivitäten hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren durchgeführt, um die Überversorgung in der Region Halle in bestimmten medizinischen Bereichen abzubauen?
9. Warum gibt es für das Bettenhaus 2 immer noch keine Ersatzlösung? Darin müssen Patienten auf dem Ausstattungsniveau der 80er Jahre versorgt werden – ein Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu allen anderen Häusern in Halle, die saniert sind.
10. Warum kommt die Landesregierung ihrer Verpflichtung nach Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) zur Finanzierung erforderlicher Ersatzinvestitionen nicht im vollen Umfang nach? Die daraus sich ergebenden Kosten für das UKH belasten die wirtschaftliche Situation zusätzlich.

Wir freuen uns auf eine umfassende Beantwortung unserer Fragen bis Freitag, 16. Mai 2014. Gern laden wir Sie zur Personalversammlung am Dienstag, 27. Mai 2014 ein, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universitätsmedizin Halle Rede und Antwort zu stehen.

Ansprechpartner an der Universitätsmedizin in Halle ist der

Personalrat des Universitätsklinikum Halle (Saale)
Magdeburger Str. 24
06097 Halle

Tel. 0345 557-1204
Fax: 0345 557-1205
Mail. personalrat@uk-halle.de

Hochachtungsvoll

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitätsmedizin Halle (Saale).

Hans - Ullrich Spannaus
Vorsitzender Personalrat des UKH